

Prof. Dr. Axel A. Weber
Präsident
der Deutschen Bundesbank

Statement

- Vorläufige Fassung -

(Protokollfassung folgt in Kürze)

Pressekonferenz
in Frankfurt am Main
am Dienstag, 25. Mai 2004

– Es gilt das gesprochene Wort –

Seite 1 von 19

Die ersten knapp dreißig Tage in meinem neuen Amt sind verstrichen. Eine Zeit, in der ich mich mit den verschiedenen Arbeitsbereichen vertraut gemacht, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter begrüßt und die Zusammenarbeit mit meinen Vorstandskollegen in sehr guter Arbeitsatmosphäre begonnen habe. Auch gab es, wie Sie wissen, gleich zu Beginn eine Reihe wichtiger Termine wahrzunehmen (EZB-Ratssitzung, G 10-Treffen).

Nach dieser bewegten Anfangsphase freue ich mich, Sie heute zu meiner ersten Pressekonferenz begrüßen zu können.

Bei der heutigen Pressekonferenz möchte ich folgende Themen ansprechen:

1. Konsequenzen aus den jüngsten Ereignissen / Rücktritt Welteke
2. Künftiges Profil der Bundesbank
3. Geldpolitik und Kreditentwicklung
4. Konjunktur und Preise
5. Finanzpolitik und Stabilitäts- und Wachstumspakt

1 Konsequenzen aus den jüngsten Ereignissen / Rücktritt Welteke

Die Deutsche Bundesbank stand in den letzten Wochen in bisher ungekannter Weise in der öffentlichen Kritik. Auf den Vorstand der Bundesbank wurde, nicht zuletzt von politischer Seite, großer Druck ausgeübt.

Mit seinen Beschlüssen ist es dem Vorstand in dieser schwierigen Phase gelungen, die Unabhängigkeit der Bundesbank zu verteidigen und den Reputationsschaden zu begrenzen.

Zweifellos ist durch die Ereignisse jedoch ein Ansehensschaden für die Institution Bundesbank entstanden. Mein Ziel – und das des gesamten Vorstands – ist es, dass die Bundesbank in der Öffentlichkeit wieder durch ihre konzentrierte und erfolgreiche Sacharbeit wahrgenommen wird, denn das öffentliche Ansehen der Bank lebt in erster Linie vom Vertrauen in ihre Arbeit und ihre Kompetenz.

Um den eingetretenen Ansehensschaden zu beheben, wird es darüber hinaus wichtig sein, die Öffentlichkeit verstärkt und aktiver als bisher über Rolle und Aufgaben der Bundesbank zu informieren.

2 Künftiges Profil der Bundesbank

In den letzten Wochen ist oft die Verkleinerung und Neuausrichtung der Bundesbank gefordert worden. Bisweilen wurde der Eindruck geweckt, die Bundesbank hätte nach Beginn der Währungsunion auf ihre veränderte Rolle nicht reagiert.

Tatsächlich hat die Bundesbank bereits seit Beginn der 90er Jahre den Weg zur Währungsunion konstruktiv begleitet und sich inhaltlich neu ausgerichtet: vom geldpolitischen Entscheidungs-träger für die D-Mark hin zum integralen Bestandteil des ESZB. Nach Schaffung einer einheitlichen Leitungsstruktur im Mai 2002 durch den Gesetzgeber hat der neue Vorstand dann auch unverzüglich die organisatorische Umstrukturierung in Angriff genommen [Ende 2002: Feinkonzept und Beschlüsse zu Betriebsstellen; 2003: Bargeld- und Filialstrategie].

Mein Ziel ist es, die Strukturreform, die unter der Präsidentschaft von Herrn Welteke eingeleitet wurde und deren Umsetzung bereits in vollem Gange ist, 2007 zu einem guten Abschluss zu bringen. Ob darüber hinaus später weitere Anpassungen erforderlich sind, hängt ganz wesentlich von Faktoren ab, die wir nicht beeinflussen können. Hierzu zähle ich insbesondere die aus heutiger Sicht nicht abschätzbaren Strukturveränderungen im Kreditgewerbe. [Bis 2007 werden 60 % der Standorte geschlossen sein gegenüber Ausgangssituation zum Jahreswechsel 2002/2003: von 118 (derzeit 88) Standorten auf dann 47 Filialen; die Mitarbeiterzahl wird um 30 % auf 11.100 sinken. Geschätztes Einsparpotenzial bei Personal- und Sachkosten: ca. 280 Mio Euro pro Jahr].

Es geht jedoch nicht allein um eine organisatorische Restrukturierung. Eng damit verbunden ist eine geschäftspolitische Neuorientierung. Ich teile die hierzu bereits getroffenen Beschlüsse des Vorstands, die eine Konzentration der Bundesbank auf ihre Kernkompetenzen beinhalten. Aufgabe einer Notenbank ist es nicht, in Geschäftsfeldern tätig zu sein, die auch von privaten Anbietern abgedeckt werden können. [Beispiel: Beschränkung auf Großhändlerfunktion im Barzahlungsverkehr: kostenfreie Eurosystem-Standardleistungen, Zusatzleistungen nach Vollkostendeckungsprinzip, teilweiser Rückzug aus der Münzgeldbearbeitung].

Das künftige Profil der Bundesbank muss sich meines Erachtens an drei wichtigen Zielen ausrichten:

Erstens: Als unabhängige währungspolitische Autorität in Deutschland ist und bleibt die Bundesbank Hüterin der Stabilität. Die Bewahrung der Preisniveaustabilität durch stabilitätsorientierte Geldpolitik und des Stabilitätsbewusstseins steht im Mittelpunkt ihres Handelns.

Zweitens: Die Bundesbank sollte eine angemessene Rolle unter den nationalen Zentralbanken des ESZB einnehmen, die der volkswirtschaftlichen Bedeutung Deutschlands und unserer Stabilitätskultur entspricht. Mein Ziel ist es, das Profil der Bundesbank im ESZB weiter zu schärfen, indem wir zu den großen Themen der Währungsunion fundierte Beiträge leisten und die Währungsunion mit unserer Kompetenz, unserer Erfahrung und unseren Ressourcen aktiv mitgestalten.

Drittens: Die Bundesbank sollte als unabhängige und kompetente Stimme die wirtschafts- und finanzpolitische Debatte Deutschlands bereichern. Die Bundesbank ist im nationalen makroökonomischen Diskurs ein wichtiger Teilnehmer. Gegenüber anderen beratenden Institutionen vereinigt sie die Vorteile der politischen Neutralität, der geschäftspolitischen Neutralität und der Marktnähe.

Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, wird die Bundesbank ihre bereits in den 90er Jahren begonnene Intensivierung der volkswirtschaftlichen Forschungsarbeit fortsetzen. Zunehmend gewinnen dabei auch Fragen der Finanzsystemstabilität an Bedeutung. Denn ein stabiles und effizientes Finanzsystem ist eine unabdingbare Voraussetzung für die Erfüllung des Stabilitätsauftrags einer Notenbank. Wir werden unsere Analyse- und Forschungskapazitäten zur Identifizierung potentieller Risiken für die Finanzstabilität daher in Zukunft noch weiter ausbauen. Ein weiteres Wachstumsfeld ist zweifellos die Bankenaufsicht. Der Gesetzgeber hat der Bundesbank eine starke Rolle bei der Durchführung der Bankenaufsicht zugewiesen. Laufende Überwachung und die Weiterentwicklung des nationalen und internationalen Aufsichtsrechts stellen immer höhere Anforderungen an die Qualifikation der damit befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Schließlich muss die Bundesbank auch in allen anderen Geschäftsfeldern einer Notenbank, z.B. bei der Bereitstellung von Infrastrukturen im Zahlungsverkehr oder für die Umsetzung der geldpolitischen Beschlüsse, erstklassige Dienstleistungen anbieten können, um ihrer Rolle im ESZB gerecht zu werden.

Wir werden uns - nach der Aufregung der letzten Wochen – nun wieder mit voller Kraft der Erfüllung der genannten wichtigen Sachaufgaben widmen. Ich bin zuversichtlich, dass auf diese Weise die Bundesbank in der Öffentlichkeit bald wieder so wahrgenommen wird, wie sie es aus meiner Sicht verdient: kompetent, engagiert und zuverlässig.

3 Geldpolitik und Kreditentwicklung

3.1 Geldpolitische Einschätzung

Die Geldpolitik des Eurosystems ist darauf ausgerichtet, Preisstabilität zu gewährleisten. Zu diesem Zwecke analysiert das Eurosystem im Rahmen seiner geldpolitischen Strategie regelmäßig die wirtschaftlichen, finanziellen und monetären Indikatoren, die eine Einschätzung der zukünftigen Risiken für die Preisstabilität erlauben.

Die beiden Säulen der Strategie des Eurosystems dienen dabei vor allem der Strukturierung der verschiedenen Indikatoren. Dies erlaubt eine klare Darlegung der geldpolitischen Entscheidungen und stärkt somit die Rolle der Strategie als Kommunikationsinstrument.

Auf der Basis dieser Analyse ist nach der Einschätzung des EZB-Rats Preisstabilität auf mittlere Sicht unverändert gewährleistet. Er hat deshalb die

Leitzinsen des Eurosystems auf seiner Sitzung Anfang Mai unverändert gelassen.

Die monetären Rahmenbedingungen sind nach wie vor günstig und die Finanzierungsbedingungen stehen einer wirtschaftlichen Erholung nicht im Weg.

- Die Leitzinsen sind ausgesprochen niedrig,
- die Liquiditätsausstattung im Euro-Raum ist reichlich.

Von den niedrigen Zinsen profitieren auch die deutschen Unternehmen und privaten Haushalte. Die längerfristigen Bankzinsen sind ebenso wie die Kapitalmarktzinsen recht gering.

3.2 Realzinsdifferenzen

Dies gilt auch für die Realzinsen. Aufgrund der niedrigen Inflationsrate in Deutschland sind die Realzinsen hier zu Lande zwar höher als in den anderen EWU-Ländern. Während die kurzfristigen Realzinsen in Deutschland zuletzt bei einem halben Prozentpunkt lagen, betragen sie im EWU-Durchschnitt im April 0 %. Im historischen Vergleich sind sie aber auch aus deutscher Sicht als niedrig anzusehen. Vielfach wird dennoch behauptet, durch die einheitliche

Geldpolitik werde die wirtschaftliche Aktivität in Deutschland gedämpft – eine Argumentation, die grob verkürzt und so nicht haltbar ist:

- Ein im internationalen Vergleich niedriger Preisanstieg deutscher Produkte verbessert nämlich auch die preisliche Wettbewerbsfähigkeit inländischer Unternehmen gegenüber ihren ausländischen Konkurrenten. So ist die preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den anderen EWU-Staaten seit Beginn der Währungsunion um 6 % gestiegen. Gegenüber dem restlichen Ausland nahm sie zwar nur leicht zu (um weniger als 1 % gegenüber dem vierten Quartal 1998). Das lag allerdings vor allem an der starken Euro-Aufwertung der letzten zwei Jahre.

- Darüber hinaus profitieren auch die Verbraucher in Deutschland von einer niedrigen Inflationsrate. Ihr Realeinkommen fällt vergleichsweise hoch aus.

- Zur Berechnung langfristiger Realzinsen, die für die realwirtschaftliche Entwicklung und die Investitionstätigkeit im Besonderen die wichtigere Größe darstellt, sollte man ohnehin nicht den gegenwärtigen, sondern den erwarteten Preisanstieg zugrunde legen („Ex ante-Realzinsen“). Die langfristigen „Ex ante-Realzinsen“ in Deutschland lagen mit $2\frac{3}{4}$ % zuletzt zwar um einen halben Prozentpunkt über dem EWU-Wert von $2\frac{1}{4}$ %. Ihren längerfristigen Durchschnitt unterschritten sie allerdings um rund einen Prozentpunkt. Da die Inflationserwartungen in Deutschland und dem Euro-Raum, im Gegensatz zur tatsächlichen Inflationsdynamik, im Mittel der letzten 5 Jahre (also seit Beginn der Währungsunion) fast

nicht von einander abweichen, war die „Ex ante-Realzinsdifferenz“ im Durchschnitt deutlich geringer als die auf Basis von „Ex post-Realzinsen“.

- Darüber hinaus lassen sich („Ex post“-) Realzinsen auch auf Basis von Produzentenpreisen berechnen, deren Entwicklung in Deutschland und der EWU deutlich homogener verlief als bei den Verbraucherpreisen.

Eine fundierte Aussage über die Wirkung der Inflationsdifferenzen auf das Wirtschaftswachstum lässt sich daher nur unter Berücksichtigung aller gesamtwirtschaftlichen Effekte treffen. Die bremsenden Effekte der geringfügig höheren Realzinsen werden jedenfalls auf längere Sicht zu einem Gutteil durch den Stimulus der anderen Effekte kompensiert.

3.3 Kreditentwicklung in Deutschland

Dass die Bankkredite in Deutschland trotz der recht günstigen Finanzierungsbedingungen seit geraumer Zeit nur wenig wachsen, ist vor allem Folge der schwachen Konjunktorentwicklung sowie der niedrigen Ausrüstungsinvestitionen und rückläufigen Bautätigkeit. In einem solchen Umfeld ist nicht nur die Kreditnachfrage gering, sondern auch die Bereitschaft der Banken, Kredite herauszulegen. Die Verschärfung der Kreditangebotsbedingungen, wie sie im Rahmen der regelmäßigen Umfragen unter Banken seit geraumer Zeit berichtet werden, dürfte ganz überwiegend

zyklischer Natur sein. Anzeichen für eine darüber hinausgehende Einschränkung des Kreditangebots lassen sich derzeit im Rahmen unserer ökonometrischen Untersuchungen nicht ausmachen.

4 Konjunktur und Preise

Die Konjunktur in Deutschland hat im ersten Quartal d. J. erfreulicherweise etwas mehr Fahrt aufgenommen. Auf ein Jahr hochgerechnet entspricht das aktuelle Expansionstempo rund 1 $\frac{3}{4}$ %. So gesehen dürfte die durchschnittliche Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten erstmals seit längerem nicht mehr weiter gesunken sein. Die fortgesetzte zyklische Erholung bestätigt weitgehend die allgemeine Erwartung, dass sich die deutsche Wirtschaft allmählich von der hartnäckigen Stagnationslinie lösen kann. Aus konjunktureller Perspektive sind wir – um es etwas salopp zu formulieren – aus dem Größten heraus, aber noch lange nicht über dem Berg. Noch immer fehlen nämlich wichtige Attribute hinsichtlich der Breite des Fundaments und der Eigendynamik des Wachstums, die für einen Aufschwung im klassischen Sinne typisch sind.

Dass nun aber die Grundausrichtung wieder stimmt, hat viel zu tun mit den kräftigen außenwirtschaftlichen Impulsen. Neben der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, die insgesamt als gut bezeichnet werden kann, profitiert die Ausfuhrleistung von der global wieder anziehenden Nachfrage nach Investitionsgütern und einem allgemein sehr

schwungvollen Welthandel. So hat der weltweite Aufschwung – angetrieben von der US-Wirtschaft und dem ostasiatischen Raum – weiter an Kraft und Breite gewonnen.

Aus heutiger Sicht stehen die Chancen gut, dass trotz hoher geopolitischer Risiken und hoher Rohstoffnotierungen die zyklischen Auftriebskräfte nicht zuletzt im Euro-Raum, dem wichtigsten Absatzmarkt deutscher Produkte, an Gewicht gewinnen. Auch hier berechtigt die höhere Wachstumsrate von ½ % im ersten Quartal zu verhaltenem Optimismus.

Kennzeichnend für die derzeitige konjunkturelle Lage in Deutschland ist aber auch die anhaltende Konsumschwäche. Diese reflektiert zu einem Gutteil noch die vorausgegangene, langgezogene Schwächephase, und insofern gibt der Befund keinen Anlass zur Überraschung. Es gibt Hinweise darauf, dass sich das Konsum- bzw. Sparverhalten der privaten Haushalte verändert hat.

Soweit sich hierin der Aufbau von privaten Vermögen für die Wahrung des Lebensstandards im Alter ausdrückt, ist dies ein wichtiger Beitrag zu Bewältigung der demographischen Belastungen und damit positiv zu bewerten. Die ausgeprägte Unsicherheit über die konkrete Ausgestaltung der Reform im Sozial- und Arbeitsmarktbereich hat aber die Einschätzung der weiteren Einkommensperspektiven der privaten Haushalte erheblich erschwert und zu zusätzlicher Zurückhaltung im Ausgabeverhalten geführt. Je rascher und überzeugender die entsprechenden politischen Weichenstellungen für mehr Planungssicherheit und Verlässlichkeit in den Rahmenbedingungen sorgen, desto eher kann der hierin wurzelnde Attentismus überwunden werden.

Im Übrigen kommt es auch darauf an, die Investitionsbereitschaft der Unternehmen zu stärken. Dabei sind von der Kosten- und Preissituation ebenso wie von der Finanzierungsseite her gesehen wichtige Grundbedingungen für mehr Investitionen erfüllt. Das frostige Investitionsklima der letzten drei Jahre hat sich insoweit erheblich verbessert. Dies zeigen auch Umfragen zu den Investitionsplanungen der Unternehmen. Hiervon werden auch die Ausrüstungsinvestitionen profitieren, weniger die Bauten. Eine Trendwende beim Zuwachs des Kapitalstocks ist aber erst dann zu erwarten, wenn die Investitionsquote dauerhaft auf ein deutlich höheres Niveau zurückgekehrt ist.

Unter den genannten Bedingungen bleibt der Arbeitsmarkt zunächst auf der Schattenseite. Die noch vorhandenen Produktivitätsreserven, das verbesserte Arbeitszeitmanagement und die zusätzlichen Arbeitstage in diesem Jahr lassen ebenfalls nur eine allmähliche Stabilisierung erwarten. Nur wenn wir beides erreichen, eine Zunahme der Beschäftigungsintensität bei höherem Wachstum, wird man das Grundübel Arbeitslosigkeit in den Griff bekommen.

Dies wird uns jedoch nur gelingen, wenn die Wirtschaftspolitik weiter auf Reformen setzt, die Lohnpolitik der differenzierten Lage mehr Rechnung trägt und die Geldpolitik ihrer stabilitätspolitischen Verantwortung weiterhin treu bleibt.

5 Finanzpolitik und Stabilitäts- und Wachstumspakt

Die Finanzpolitik steht seit der letzten Steuerschätzung wieder im Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Diskussion in Deutschland.

Als Präsident der Deutschen Bundesbank kommt mir die Aufgabe zu:

- Zum einen die Finanzpolitik aus Sicht der nationalen Institution zu betrachten, die im Rahmen ihrer volkswirtschaftlichen Analysen die Entwicklung in Deutschland laufend untersucht.
- Zum anderen aber – durch meine Mitgliedschaft im EZB-Rat – die nationale Entwicklung im europäischen Zusammenhang zu sehen.

Bei der Übertragung der Verantwortung für die Geldpolitik auf die EZB bestand Konsens, dass solide öffentliche Finanzen ein wichtiges Fundament für das Vertrauen in eine stabile Währung darstellen. Der Maastricht-Vertrag und der europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt wurden nicht zuletzt in Deutschland als entscheidende Voraussetzungen für den Verzicht auf die währungspolitische Souveränität angesehen. Diesem stabilitätspolitischen Grundkonsens ist der Präsident der Bundesbank in besonderer Weise verpflichtet.

Internationale Regeln müssen dabei:

- zielführend, transparent, eindeutig und von der Öffentlichkeit nachvollziehbar sein.
- Sie müssen Vertrauen schaffen und nicht ins Belieben der Betroffenen gestellt sein.
- Es muss Regelbindung entstehen und ein Verletzen der Regeln letztlich sanktioniert werden.
- Die Regeln müssen dabei auch gewisse Flexibilität aufweisen, um besonderen Situationen und Entwicklungen Rechnung zu tragen.

All diese Voraussetzungen erfüllt das bestehende Regelwerk grundsätzlich:

- Es ist dabei nicht zu erkennen, dass Änderungen eine Verbesserung darstellen oder das Vertrauen in die Solidität der öffentlichen Finanzen in den Mitgliedstaaten erhöhen würden.
- Vielmehr ist konsequente Umsetzung der bestehenden Vereinbarungen geboten.
- In Deutschland wurde ein im Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgesehener mittelfristig zumindest annähernd ausgeglichener Haushalt auch in den günstigen Zeiten Ende der 90er Jahre nicht erreicht.

- Ein ausreichender Sicherheitsabstand zur 3%-Grenze hat nicht bestanden.
- Angesichts der gesamtwirtschaftlichen Stagnationsphase weiteten sich die Staatsdefizite auf allen staatlichen Ebenen kräftig aus, wozu auch merkliche Steuersenkungen beigetragen haben.
- Die 3%-Grenze wird somit im laufenden Jahr zum dritten Mal in Folge überschritten.
- Die Schuldenquote stieg im Jahr 2002 über die 60%-Grenze und wird bis Ende 2004 auf deutlich über 65% anwachsen.

Vor diesem Hintergrund ist nicht zu erkennen, dass Forderung, im Jahr 2005 die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen (Defizitquote von höchstens 3% zu erreichen), Ausdruck eines übermäßig rigiden und unflexiblen Regelwerks sein soll. Dies gilt erst recht bei allgemein erwarteter gesamtwirtschaftlicher Erholung.

Dabei sollte man jedoch nicht verhehlen, dass dies eine anspruchsvolle Aufgabe darstellt:

- Die Defizitquote dürfte im laufenden Jahr insbesondere auf Grund umfangreicher Entlastungen bei der Einkommensteuer trotz einer voraussichtlich sparsamen Ausgabenpolitik wieder etwa die Größenordnung des Vorjahres erreichen.

- Im kommenden Jahr wird die letzte Stufe der Einkommensteuerreform zu einer weiteren steuerlichen Entlastung führen. Die Steuereinnahmen insgesamt dürften aber wieder merklich zunehmen, so dass bei einem sparsamen Ausgabenkurs und der Umsetzung der beschlossenen Reformvorhaben eine deutliche Rückführung der Defizite erreicht werden kann.

- Das Unterschreiten der 3%-Grenze macht aber aus heutiger Sicht zusätzliche Anstrengungen erforderlich. Das Ziel ist freilich noch nicht außer Reichweite und sollte keinesfalls aufgegeben werden.

Alle staatlichen Ebenen sind gefordert, nicht in Konsolidierungsbemühungen nachzulassen:

- Aufgaben und Ausgaben sind auf den Prüfstand zu stellen, auch um jeweilige haushaltsrechtliche Obergrenzen für die Neuverschuldung wieder einzuhalten.

- Effizienzreserven bei staatlicher Leistungserbringung sind zu erschließen.

- Die Zielgenauigkeit staatlicher Leistungen ist zu erhöhen – nicht zuletzt ein verstärkter Subventionsabbau, der auch Steuervergünstigungen betreffen kann.

- So wie es einen notwendigen Konsens bezüglich der Steuersenkungen gab, sollte jetzt ein Konsens zur gemeinsamen Konsolidierung der Haushalte erzielt werden.
- Gegenseitiges Zuschieben der Verantwortung und ein Verhindern von notwendigen Entscheidungen kann nicht im nationalen Interesse liegen.

Insgesamt steht die Finanzpolitik vor der Aufgabe:

- die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und damit die Wachstumsperspektiven zu verbessern.
- Eine Expansive Finanzpolitik würde allenfalls kurzfristige Belebung erreichen.
- Die Fortsetzung der begonnenen Strukturreformen könnte dagegen Wachstumskräfte dauerhaft stärken. Ein kräftiger Wachstumspfad ist letztlich ein entscheidender Konsolidierungsbeitrag.

Mit Beschlüssen im Bereich des Arbeitsmarktes, der Kranken- und Rentenversicherung wurden bereits wichtige Reformen eingeleitet, und auch die steuerlichen Tarifsenkungen sind zu begrüßen. Gleichwohl besteht weiterer Handlungsbedarf:

- Insbesondere sollte eine deutliche Vereinfachung des Steuerrechts vorgenommen werden,
- eine Erhöhung der Effizienz im System der gesetzlichen Krankenversicherung erreicht werden, die auch stärkere Abkopplung der Finanzierung vom Arbeitsverhältnis beinhalten sollte, sowie
- eine im Hinblick auf die Alterung wohl unumgängliche Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters beschlossen werden.

Mit einer umfassenden mittel- und langfristig orientierten Konzeption sollte das Vertrauen in tragfähige Staatsfinanzen geschaffen werden und der anhaltende Attentismus von Verbrauchern und Investoren überwunden werden.

* * *